



## **Amtsgericht Altena**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 09.04.2025, 10:00 Uhr,  
1. Etage, Sitzungssaal 116, Gerichtsstr. 10, 58762 Altena (Westf.)**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Evingsen, Blatt 826,**

**BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Evingsen, Flur 4, Flurstück 93, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, In der Schledde 22, Größe: 445 m<sup>2</sup>

Eigentümer:

a) Tobias Rudewig

b) Bianka Rudewig

-zu je 1/2 Anteil-

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein freistehendes Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung. Ursprungsbaujahr 1906, Erweiterung im Jahre 1934 um ca. 50% der damals vorhandenen Fläche. Errichtung eines Carports im Jahre 2000.

Die Wohnfläche beträgt im Erdgeschoß ca. 75qm, im Ober- und Dachgeschoß insgesamt ca. 127qm Das Wohngebäude ist komplett unterkellert, der Spitzboden ist allenfalls als Lagerfläche nutzbar.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.01.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

237.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.